

Redemanuskript

zum Entwurf des Haushalts 2016

von

David Stolz

für die

FDP-Stadtratsfraktion

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Kollegen und Zuhörer!

Zu Beginn einer Haushaltsrede ist es eigentlich gute Tradition und auch am einfachsten sich über die übergeordneten Parlamente und der erdrückenden Last der zugewiesenen Aufgaben bzw. Kosten zu beschweren. So können wir getrost die Schuld beim Anderen suchen.

Ich werde dies heute nicht machen, da wir hier in Heinsberg genug eigene Probleme haben.

Auch wenn die Aussagen aus meiner letztjährigen Haushaltsrede weiterhin ihre Gültigkeit haben, werde ich diese nicht wiederholen.

Normalerweise wollte ich es Ihnen ersparen, Sie mit den Zahlen meiner Vorredner weiter zu langweilen. Dieses Jahr komme ich aber leider nicht daran vorbei Sie mit ein paar wichtigen Zahlen zu konfrontieren.

Zum Haushaltsentwurf muss man wissen, dass ein Ergebnis aus einem abgelaufenem Jahr als Grundlage genommen wird und man darauf dann weiter aufbaut. Bis hier – alles vollkommen verständlich und korrekt.

Stellen Sie sich aber einmal vor: Man nimmt Planzahlen des letzten Jahres (bitte auf der Zunge zergehen lassen – reine PLANZAHLEN) und passt diese in keinsten Weise dem laufenden Haushaltsjahr an und nimmt diesem dann im 2. Schritt als Grundlage für das Folgejahr. Bedeutet: Die Planzahlen aus 2015 sind nicht aussagekräftig, werden aber als Bemessung für 2016 vorgegeben. Das ist absolut unsinnig!

Und ich erkläre Ihnen auch warum. Die Planzahlen weichen in erheblichen Umfang von den nachher faktischen Zahlen ab. Hierzu gebe ich Ihnen das Zahlenwerk zur Hand, welches uns nun vorliegt. Und zwar der Abschluss aus 2014.

Auf der Seite 7 in dem Entwurf für 2016 ist unter Ordentliche Erträge ein Ergebnis in 2014 von 84.486.547 € angegeben. Diese Zahl wurde letztes Jahr im Entwurf geschätzt, und zwar mit 80.237.456 €. Das ist eine Abweichung von über 4.000.000 Euro. Das zur Planung und Realität.

Nun der große Knackpunkt. Als Ansatz für 2015 ist dieses Jahr 82.293.643 € angegeben. Dies ist aber exakt der gleiche Wert aus der Planung vom letzten Jahr. Es ist somit eine reine Planzahl und kein faktischer Wert. Wenn aber der Planungswert von 2014 zum Ergebnis 2014 bereits über 4.000.000 abweicht, wie kann man dann mit einer Planzahl für 2015 aus 2014 weiter vorgehen ohne diese anzupassen.

Meine Damen und Herren absurder geht es nicht mehr. Ich nenne Ihnen nun aus Seite 7 einige Zahlen aus dem Ergebnis 2014 und die Zahlen der damaligen Planung, damit Ihnen die Abweichungen noch deutlicher werden.

Ordentliche Erträge

Planzahl = 80.237.456 € Ergebnis = 84.486.547 € Differenz = 4.249.091 €

Ordentliche Aufwendungen

Planzahl = 85.065.125 € Ergebnis = 86.533.542 € Differenz = 1.468.417 €

Geplantes Jahresergebnis

Planzahl = - 6.121.625 € Ergebnis = - 2.686.297 € Differenz = 3.435.328 €

Nur bei diesen drei Posten ergeben sich Abweichungen von insgesamt 9.152.836 €.

Meine Damen und Herren, genau aus diesem Grund hat die FDP Fraktion am **10.12.2014 einen Antrag auf Einführung eines Controllings eingebracht**. Dadurch sollten diese Zahlen zumindest mit den Ergebnissen der ersten drei Quartale angeglichen werden und wären somit belastbar. Dies würde einiges mehr an Transparenz und somit auch Verständnis für diesen Entwurf mit sich bringen. Leider haben wir seit Dezember 2014 weder ein Ergebnis präsentiert

bekommen noch einen Sachstandsbericht. Grundschulschließungen werden dagegen recht schnell umgesetzt. Hier muss davon ausgegangen werden, dass Transparenz einfach nicht gewünscht ist. Der Haushalt steht und fällt mit realistischen Annahmen, wobei diese hier nicht nachvollziehbar sind.

Zuletzt noch eine kurze Anmerkung zum Zahlenwerk: Die eben beschriebenen Abweichungen ziehen sich wie ein roter Faden durch das gesamte Werk. Ich erspare Ihnen jedoch diese Ausführung und beende hiermit das reine Zahlenspiel...

Thema Haushaltsberatung / Informationspolitik:

Lieber Herr Gerards: Es ist bisher gute Tradition gewesen, dass sich die Fraktionen bei Ihnen über den aktuellen Haushaltsentwurf informieren. Dazu traf man sich normalerweise bei Ihnen im Büro. Dieses Jahr war unsere Fraktion nicht bei Ihnen. Warum? Das kann ich Ihnen gerne sagen! Ich zitiere aus einer Mail von Herrn Gerards an mich:

„Guten Morgen Herr Stolz, vielen Dank für Ihre Mail. Bevor ich Ihnen Terminvorschläge für fraktionsinterne Haushaltsberatungen anbiete, hätte ich gerne von Ihnen eine klärende Stellungnahme zum Artikel in der Heinsberger Zeitung vom 1. Februar 2016. Wenn Sie meine Person in den Kreis der Verwaltungsspitze einbeziehen, denke ich, ist es für Sie und Ihre Partei wenig zielführend, den Haushalt mit jemandem zu beraten, der konzeptlos und ein Betrüger ist. Wenn das nicht so ist, lassen Sie es mich bitte wissen. Dann bin ich zu Gesprächen gerne bereit.“

Eigentlich sollte es zweitrangig sein, ob wir uns jetzt bei diesem Thema oder bei anderen Themen gut oder schlecht informiert fühlten. Unsere Kritik an die Verwaltungsspitze ist durchweg konstruktiv zu verstehen, so meinen wir es und werden es in Zukunft halten. Ich kann diese Reaktion daher nicht nachvollziehen. Ich habe mich daraufhin mit Ihnen, Herr Gerards, getroffen. **Nun: Wir halten Sie für keinen Betrüger**, aber in einem müssen wir Ihnen recht geben: Es ist nicht zielführend mit Ihnen den Haushalt zu beraten, da Sie unsere Kritik anscheinend nicht dulden. Dies hat eher etwas mit Ausübung von Druck zu tun. Wir sehen Sie, Herr Gerards, jedoch in der Pflicht alle Fraktionen gleich zu informieren und persönliche Belange hintenanzustellen.

Gleiches gilt für die Agenda 2025. Die CDU-Fraktion sprach in der damaligen Ratssitzung davon, dass alle Unterlagen gesichtet wurden und dass die Verwaltung diese Unterlagen großzügig zur Verfügung stellte. Soweit so gut. Auf diese Unterlagen, welche wir mündlich angefordert haben, wartet die FDP Fraktion bis heute vergeblich.

Thema Wirtschaft und Unternehmen:

Alle Hebesätze wurden wieder erhöht und es sind auch weitere Erhöhungen geplant. Es wird anscheinend alles daran gesetzt den Standort Heinsberg weiter zu schwächen, gerade hinsichtlich des demografischen Wandels. Hier gilt anscheinend: **ABWANDERUNG STATT ZUZUG.**

Die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer haben wir damals abgelehnt und werden diese auch weiterhin ablehnen. Wir halten dies für grundlegend verkehrt. Und ich sage es nochmals: Mit Steuererhöhungen schaffen wir eben

kein Investitionsklima in Heinsberg. Da uns bereits mehrfach seitens der CDU vorgeworfen wurde die Steuererhöhungen ohne richtige Begründung abzulehnen, erkläre ich Ihnen nochmals warum die Stadt Heinsberg ein Investitionsklima dringend benötigt. 10 Jahre ist hier ein guter Vergleichszeitraum. 2006 lag der Gewerbesteuerhebesatz bei 340 % und die Einnahmen lagen bei über 27.000.000 €.

2015, ca. 10 Jahre später, lag der Hebesatz bei 421 % (**das ist eine Erhöhung von über 20 %**) und die Einnahmen lagen bei knapp 22.000.000 €, das macht ein Minus von ca. 20 %. Diesen Zusammenhang sollten nun wirklich auch Sie, liebe Herren der CDU, spätestens jetzt verstehen.

Wie soll in Heinsberg ein Investitionsklima entstehen, wenn alle umliegenden Faktoren sich verschlechtern? Jeder sollte sich fragen, warum hier in Heinsberg keine Neuansiedlungen entstehen.

Momentan setzen wir anscheinend alles daran, uns vom Unternehmensstandort Heinsberg zu verabschieden. Heinsberg muss attraktiver und wirtschaftlich interessanter gestaltet werden - mit dem klaren Ziel mehr Steuereinnahmen und weitere Kaufkraft für unsere Stadt zu generieren.

Thema Schulpolitik

Grundschulbezirke gehören immer noch abgeschafft, da diese nicht die Ursache bekämpfen, sondern nur die Auswirkungen. Reagieren anstatt agieren müssen wir nicht nur hier feststellen. Es gilt immer noch der Leitsatz: **FREIE SCHULWAHL**. Ich möchte hier noch anmerken, dass erst die aktuelle Landesregierung der SPD

und der Grünen die Grundschulbezirke wieder eingeführt haben – und das gegen den Willen der CDU und FDP. Die CDU Heinsberg fährt hier jedoch einen komplett anderen Kurs als ihre Landespartei. Die CDU und FDP haben genau diese Grundschulbezirke in der alten Legislaturperiode auf Landesebene abgeschafft.

Blicken zurück auf die Situation in Oberbruch bezüglich der Einführung der Gesamtschule, muss man festhalten, dass die Bevölkerung Ihnen damals, liebe CDU, die GELBE KARTE gezeigt hat.

Anscheinend war Ihnen dies als Warnung nicht genug. Sie haben weiter FOUL gespielt und mit der Agenda 2025 die Grundschulschließungen in Angriff genommen. Und schon wieder bekommen Sie prompt die Rückmeldung aus der Bevölkerung. Für Sie gibt es jetzt die ROTE KARTE und ein Bürgerbegehren zwingt Sie zum Umdenken.

Was macht das Management, wenn die Ergebnisse ausbleiben? Man wechselt den Trainer. Das ist zwar nicht passiert, aber der Spielführer wird nun ein anderer sein und auch der Spieler aus Kempen wurde nicht nur ausgewechselt, sondern komplett ausgetauscht.

Wenn Sie bereit sind die Belange der Bürger zu berücksichtigen, dann stehen wir gerne für eine Zusammenarbeit zur Verfügung.

Unser Fazit zu dieser Haushaltssatzung

Meine Damen und Herren schaut man sich auf Seite 659 die Bewertungsregeln an, so muss man feststellen, dass diese keinesfalls dem propagierten Sparzwang der Stadt entsprechen. Eingesparte Beträge können sofort anderweitig verwendet werden. Sinnvoller wäre es jedoch, eingesparte Beträge zur Haushaltssicherung einzusetzen anstatt für Dinge, die zwar schön zu haben, aber nicht zwingend notwendig sind.

Die Stadt Heinsberg setzt anscheinend, gewollt oder auch ungewollt, alles daran gerade jungen Familien das Leben schwer zu machen. Die Attraktivität unsere Stadt geht durch die vorher angeführten Erläuterungen immer mehr verloren. Langfristig muss ein Investitionsklima geschaffen werden.

Wir werden dem Haushalt daher nicht zustimmen.

Vielen Dank.